

SÜDWESTRUNDFUNK SWR2 Wissen - Manuskriptdienst

Vorbild der US-Verfassung Benjamin Franklin und der deutsche Föderalismus

Autor: Michael Reitz
Redaktion: Udo Zindel
Regie: Felicitas Ott
Sendung: Freitag, 12. Oktober 2012, 8.30 Uhr, SWR2

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.

*Bestellmöglichkeiten: 07221/929-26030
SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2 Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

Manuskripte für E-Book-Reader

E-Books, digitale Bücher, sind derzeit voll im Trend. Ab sofort gibt es auch die Manuskripte von SWR2 Wissen als E-Books für mobile Endgeräte im so genannten EPUB-Format. Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App "iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch so genannte Addons oder Plugins zum Betrachten von E-Books.

<http://www1.swr.de/epub/swr2/wissen.xml>

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Erzähler:

1766, ein Jahr nachdem Joseph Haydn seine 28. Symphonie schrieb, steckt Großbritannien in einer politischen Klemme. Im Siebenjährigen Krieg hat es vor wenigen Jahren den Hauptkonkurrenten Frankreich ausgeschaltet. Der britische Herrschaftsbereich erstreckt sich nun von Nordamerika über die Karibik und Westafrika bis nach Ostindien. Doch der Krieg hat Unsummen verschlungen, und das britische Parlament sucht Möglichkeiten, die leeren Kassen wieder zu füllen. Die Abgeordneten entschließen sich zu einer brisanten Maßnahme: britische Bürger in Übersee mit zusätzlichen Abgaben zu belasten. Das ruft vor allem den Widerstand der dreizehn nordamerikanischen Kolonien hervor. Sie regieren sich zwar in einer vom König garantierten Selbstverwaltung, sind aber nicht im britischen Parlament vertreten. „Keine Besteuerung ohne parlamentarische Repräsentation“ wird nun zu ihrem Schlagwort. Im Februar 1766 findet in London eine dreitägige Anhörung statt, bei der die nordamerikanischen Kolonisten ihren Standpunkt erläutern dürfen.

Zitator:

Werden die Amerikaner weiterhin gezwungen, Steuern zu zahlen, die sie selbst nicht erhoben haben, dann wird der Respekt und die Sympathiegefühle, die das amerikanische Volk für das Mutterland hegt gänzlich aufhören und ebenso der Handel, der auf diesem Respekt beruht.

Erzähler:

So droht Benjamin Franklin, Repräsentant der Kolonie Pennsylvania bei der Anhörung in London. Gesundheitlich angegriffen, plant er für die Zeit danach eine Reise zu den Heilquellen von Bad Pyrmont. Doch sein Ausflug nach Deutschland hat noch einen anderen Grund, der in der Geschichte der späteren USA eine wichtige Rolle spielen wird. Denn vor wenigen Jahren fanden Forscher der Universität Regensburg heraus: Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika hat deutsche Wurzeln.

Musik**Ansage:**

Vorbild der US-Verfassung – Benjamin Franklin und der deutsche Föderalismus.
Eine Sendung von Michael Reitz.

Zitator:

Keine Macht, so groß sie auch sei, kann Menschen zwingen, ihre Überzeugung zu ändern.

Erzähler:

Noch ist das Verhältnis zwischen den amerikanischen Kolonien und der britischen Krone von gegenseitigem Respekt und dem Willen zu einer konstruktiven Lösung des Steuerkonflikts geprägt. Die Amerikaner drohen zwar mit dem Boykott britischer Waren, doch niemand ist ernsthaft an einer Eskalation interessiert, wie der Hamburger Historiker und Franklin-Biograph Jürgen Overhoff erläutert.

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Die Engländer haben lange Zeit geschwankt, ob sie eine harte Linie fahren sollen oder ob sie im Gespräch, im Dialog mit den Amerikanern irgendeine Form der Übereinkunft erzielen können. Da haben sie sich, jedenfalls in dem Jahr 1766, im

Februar, sehr viel Zeit genommen. Es gab einige Parlamentarier im House of Lords, die gesagt haben: Wir machen mit denen kurzen Prozess; was sollen wir die lange fragen? Was sollen wir die zu Diskussionen einladen und ermuntern? Aber die Mehrheit hat zu der Zeit doch gedacht: Nein, wir versuchen ein Agreement irgendwie hinzubekommen. Wir hören uns das an, warum die meinen, dass sie nicht Steuern zahlen, die wir hier festlegen und vielleicht kommt man ja zu einer Lösung.

Erzähler:

Nicht zuletzt wegen der Argumente Franklins nimmt Großbritannien die umstrittenste der neuen Abgaben wieder zurück: das sogenannte Stempelsteuergesetz. Es besagt, dass alle Papiererzeugnisse – ob Spielkarten, Zeitungen oder Bücher – zusätzlich besteuert werden sollen. Doch nicht nur die Beredsamkeit Benjamin Franklins ist es, die Britannien zum Einlenken bringt. Denn ganz ohne Druckmittel, meint Jürgen Overhoff, agieren die nordamerikanischen Kolonisten auch nicht.

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Sie wurden wahrgenommen, die Amerikaner, weil sie ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor waren (...) Was die Kolonisten dort drüben machten, wurde vor allen Dingen im 18. Jahrhundert für die Region immer interessanter. Um 1700 hat man die Kolonisten da ein bisschen machen lassen, um überhaupt zu sehen, ob man da dauerhaft Siedlungen anlegen kann. Aber im 18. Jahrhundert (..) hat die britische Regierung gemerkt: Ja, das ist ja fantastisch, was da entsteht. Das sind blühende Gesellschaften, und die haben eine Wirkung gehabt auf das Mutterland.

Erzähler:

Benjamin Franklin ist selbst ein Beispiel für die Wirtschaftsmacht und Tatkraft der dreizehn Kolonien zwischen dem St.-Lorenz-Strom an der kanadischen Grenze und dem Golf von Mexiko. 1706 in Boston als Sohn eines Kerzenmachers geboren, lässt er sich zum Drucker ausbilden und wird bereits mit dreiundzwanzig Jahren Zeitungs- und Buchverleger in Philadelphia, der Hauptstadt Pennsylvanias. Als junger Mann schon wirtschaftlich ausgesprochen erfolgreich, richtet sich sein Ehrgeiz nicht nur auf materiellen Erfolg. Systematisch liest er vor allem nachts naturwissenschaftliche und philosophische Schriften. Sehr bald gilt er in der Gesellschaft Philadelphias als einer der intelligentesten Gesprächspartner. Er ist berühmt für seinen Charme und zündenden Humor. Seine Schlagfertigkeit in öffentlichen Diskussionen ist gefürchtet.

Neben zahlreichen wissenschaftlichen und staatsphilosophischen Veröffentlichungen konstruiert er 1750 den ersten Blitzableiter und wird damit zu einem international anerkannten Wissenschaftler. Diese Popularität veranlasst das Parlament von Pennsylvania, ihn als Diplomat nach London zu senden.

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Franklin hat lange geglaubt, dass es für die Amerikaner besser und erquicklicher sein würde, im Empire zu verbleiben. Er hat geglaubt, beide Seiten – das Mutterland und die verschiedenen anderen Kolonien im Empire, im weltumspannenden Empire – würden allesamt mehr davon haben, wenn sie in diesem Weltreich ein gemeinsames politisches System aufbauen würden, das jedem Teil doch genug Freiheiten lässt, aber doch auch zum Wohl des Ganzen arbeiten lässt, zugleich. Also eine Föderation hat er sich vorstellen können in Nordamerika. Aber diese Föderation, dachte er, würde sich auch sicherlich einfügen können in eine als Föderation verstandene Ordnung des Empires insgesamt.

Erzähler:

Die dreizehn amerikanischen Kolonien bilden kein harmonisches Ganzes. Zwar eint sie ihr Wille zu politischer Bewegungsfreiheit und ihre demokratische Gesinnung, doch sie sprechen nicht mit einer Stimme, im Gegenteil: Die Amerikaner sind ein streitbares Volk, nicht nur den Briten gegenüber, sondern auch untereinander. Ihr Ton ist oft ruppig und beleidigend, und Einzelinteressen verhindern, dass eine geschlossene Front gegen Großbritannien entsteht. „Schließt euch zusammen oder geht unter“ lautet der Titel einer von Benjamin Franklin veröffentlichten Karikatur. Sie zeigt eine zerhackte Schlange, deren Teile die Namen der Kolonien tragen: Das Reptil könnte hochgiftig sein, zerschnitten ist es vollkommen harmlos. Der Historiker Jürgen Overhoff sagt:

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Franklin wusste, dass die Kolonien gegenüber England nur würden bestehen können oder würden Gehör finden können auf Dauer, wenn sie nicht gegeneinander arbeiteten. Das haben sie lange Zeit getan. Man sollte nicht meinen, dass die Kolonien von Anfang an mehr oder weniger homogene Gesellschaften gewesen wären (...) Es gab ganz viele Parlamente, es gab ganz unterschiedliche Interessen, es gab manchmal auch so fast schon an militärische Konflikte grenzende Zwistigkeiten zwischen den Kolonien. Die mussten in irgendeiner Form in einen Verbund eingefügt werden. Daran arbeitete Franklin gedanklich schon seit Mitte der 1750er-Jahre.

Erzähler:

Doch wie sollte ein solcher Verbund, eine Interessenvertretung aller Kolonien, aussehen? Nach seiner Anhörung im Britischen Parlament bewältigte Benjamin Franklin in London trotz seiner angegriffenen Gesundheit monatelang ein ungeheures Arbeitspensum, um einer Lösung dieser Frage näher zu kommen. Im Juni 1766 schreibt er an seine Frau Deborah:

Zitator:

Morgen breche ich mit meinem Freund Dr. Pringle zu einer Reise nach Pyrmont auf, wo er vom Brunnen trinken möchte. Mir erhoffe ich mehr von Spaziergängen an der frischen Luft. Wir müssen in spätestens acht Wochen nach London zurückgekehrt sein, da mein Reisebegleiter der Arzt der Königin ist und sie dann nahe dem Zeitpunkt ihrer Niederkunft sein wird. Ich habe die Absicht, ihn in Pyrmont zu verlassen, um mir noch einige der wichtigsten Städte des Umlandes anzuschauen.

Erzähler:

Gerade der letzte Satz dieses Briefes ist es, der das Interesse von Jürgen Overhoff und zwei weiteren Kollegen – den Historikern Volker Depkat und Johannes Burkhardt – weckte: Was meint Franklin, wenn er von „wichtigen“ Städten des Umlandes spricht?

Durch umfangreiches Studium deutscher und amerikanischer Quellen konnten die drei Geschichtswissenschaftler größtenteils die genaue Route Benjamin Franklins rekonstruieren und machten dabei eine erstaunliche Entdeckung: Auf der Suche nach einem Verfassungsmodell, das alle Amerikaner zufrieden stellt, will Franklin vor allem die deutsche Reichsverfassung näher kennen lernen. Die für ihn wichtigen Gesprächspartner hierzu leben in Göttingen und Hannover.

Warum wählt Franklin ausgerechnet Deutschland, das im achtzehnten Jahrhundert aus über vierzig, zum Teil winzigen Einzelstaaten besteht? Für den Augsburger Geschichtswissenschaftler Johannes Burkhardt ist Benjamin Franklins Interesse an diesem Staatengewirr keineswegs unerklärlich. Denn die deutsche Reichsverfassung war ein Muster dafür, wie verschiedene Interessen unter einen Hut gebracht werden konnten. Im deutschen Föderalismus waren alle Einzelstaaten zwar unabhängig, sie blieben aber einer zentralen Gewalt – dem Deutschen Kaiser – untergeordnet.

O-Ton – Johannes Burkhardt:

Das Interessante ist, dass Deutschland in zwei Ebenen sein politisches System, den typisch deutschen Föderalismus, organisiert hat von dieser Herkunft her. Nämlich einmal die einzelstaatliche Ebene und die andere, darüber, die gesamtstaatliche Ebene. Denn Föderalismus, födus, heißt ja Bund. Und dieser Bund sozusagen ist dann die gesamtstaatliche Ebene, die auch organisiert wurde. Und zu dieser gesamtstaatlichen Ebene sind Institutionen gebildet worden: eine Reichsgerichtsbarkeit, ein Reichstag und dann auch noch Zwischenebenen wie Reichskreise für die ausübende Gewalt. Und ganz oben, darüber, dann das Reichsoberhaupt, das aber auch nicht auf dem Erbwege dahin gelangt ist, sondern gewählt von sieben ausgewählten Reichsständen – den sieben Kurfürsten.

Erzähler:

Auch in Deutschland hatte der Siebenjährige Krieg getobt, der mit einem beträchtlichen Machtzuwachs Preußens unter Friedrich dem Großen endete – zum Nachteil Österreichs, der zweiten deutschen Großmacht. Großbritannien war Preußen mit gewaltigen Geldleistungen beigegeben und hatte ihm so zum Sieg verholfen. Doch der eigentliche Gewinner, meint Johannes Burkhardt, war der deutsche Föderalismus. Denn während des Krieges hatte Friedrich das zum deutschen Reich gehörende Königreich Sachsen überfallen – und so nicht nur Österreich, sondern auch den Rest des Reiches gegen sich auf den Plan gerufen.

O-Ton – Johannes Burkhardt:

Es ist mittlerweile eindeutig, dass er Sachsen annektieren wollte, genauso wie Westpreußen. Das steht in seinem politischen Testament. Dieses Kriegsziel hat er nicht erreicht. Warum hat er es nicht erreicht? Weil der Reichstag beschlossen hat, in diesem Fall den Reichskrieg oder eine Reichsexekution gegen diesen friedbrüchigen Reichsstand Brandenburg auszurufen, eine Reichsarmee aufgestellt hat und natürlich mit der Hilfe von Kaiser und den Verbündeten es geschafft hat, dass Friedrich Sachsen wieder hergeben musste. Da sieht man, wie doch das föderale Reich, wenn es zusammenhielt wie in einem solchen Fall, was es da erreichen konnte.

Erzähler:

Benjamin Franklin, der eifrige Leser politischer und historischer Schriften, ist beeindruckt: Selbst ein starker Fürst kann nicht machen, was er will. Er wird in die Schranken gewiesen von einer Zentralgewalt, die ihm empfindlich auf die Finger haut. Und das schon seit Mitte des 14. Jahrhunderts, als die Reichsverfassung in Kraft trat. Der Historiker Johannes Burkhardt meint:

O-Ton – Johannes Burkhardt:

Natürlich gab es auch Schwächen des Reichsföderalismus. Darüber haben auch die Gelehrten dieser Zeit geschrieben. Niemand aber wollte den Reichsföderalismus oder gar das Reich abschaffen, sondern man wollte den Föderalismus reformieren, was es ja auch in anderen Zeiten geben soll. Das Wahlkaisertum ist eigentlich eine große Errungenschaft der deutschen Geschichte, denn es gilt da bereits das Mehrheitswahlrecht – wenn auch nur der sieben Kurfürsten, die aber die Verantwortlichen vor Ort an verschiedenen zentralen Stellen im Reich waren.

Erzähler:

Franklin brennt vor Ungeduld, die deutsche Reichsverfassung kennen zu lernen. Nach zwei Wochen unterbricht er seinen Aufenthalt in Bad Pyrmont und reist zunächst in das Kurfürstentum Hannover. Durch Heiratspolitik gehört es seit 1714 zu Großbritannien, der hannoversche Kurfürst ist der Statthalter des britischen Königs. Benjamin Franklin wird dort wie ein Staatsgast empfangen. Die Tischgespräche, die er mit den Ministern und Staatssekretären führt, kreisen hauptsächlich um die britische Steuerpolitik. Denn auch das Kurfürstentum leidet unter den Maßnahmen der Briten, die die Schuldenlast abbauen sollen.

Von Hannover aus nimmt er Kurs auf sein eigentliches Ziel, die Universität Göttingen. Denn hier lehrt einer der bekanntesten und einflussreichsten deutschen Staatsrechtler, Johann Stephan Pütter. Zwei Tage lang konferiert Benjamin Franklin mit ihm und Gottfried Achenwall, einem weiteren renommierten Historiker und Juristen. Es ist keine zufällige Begegnung von Gelehrten, die die Gelegenheit zum Austausch wahrnehmen, erzählt der Geschichtswissenschaftler Jürgen Overhoff:

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Diese Begegnung in Göttingen ist von langer Hand eingefädelt worden. Und zwar hat der hannoverische Gesandte in London einen Brief nach Göttingen geschrieben und von Franklins Reisewunsch berichtet, und Franklin wurde dann auch ganz großartig als Dr. juris – also als Rechtsgelehrter eingeführt –, um eben mit den Rechtsgelehrten in Göttingen auf Augenhöhe Gespräche zu führen, um ernst genommen zu werden. Die haben später gesagt: Das war gar nicht nötig, wir wissen doch, wer Franklin ist, den hätten wir ohnehin von uns aus gern gesprochen. Aber es ging eben darum, ein Gespräch unter Rechtsgelehrten zu führen über Verfassungsrecht. Franklin hat da sehr aufmerksam zugehört. Die Schriften, die es da gibt, die wir als Quellen nutzen können, schreiben, dass er begierig gewesen sei herauszufinden, wie das Reich funktioniert und dass seine Gesprächspartner natürlich auch ein bisschen was über Amerika wissen wollten.

Erzähler:

Benjamin Franklin macht deutlich, dass es ihm und seinen nordamerikanischen Landsleuten nicht um Unabhängigkeit von Großbritannien geht. Vielmehr soll das Orchester der dreizehn amerikanischen Kolonien einen Dirigenten haben, damit es sich von einer Ansammlung hochbegabter Solisten zu einem sich gegenseitig unterstützenden Ensemble entwickeln kann. Und dieser Kapellmeister muss von allen anerkannt und respektiert werden. Im Gespräch mit Johann Stephan Pütter erkennt Benjamin Franklin, dass die deutsche Reichsverfassung Vorbild für eine Föderation der nordamerikanischen Kolonien sein könnte. In der Autobiographie Johann Stephan Pütters werden diese Gespräche dreißig Jahre später en détail wiedergegeben, wie Jürgen Overhoff erläutert.

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Pütter hat das Reich als ein aus Staaten bestehenden Staat beschrieben. Er hat behauptet, dass selbst die Niederlande, die föderativ erfasst waren zu der Zeit und die Schweiz, die Kantone, nicht mit dem Reich zu vergleichen seien, weil denen ein Oberhaupt fehlte, wie es das Reich in Form des Kaisers hatte. Dass wirklich die beiden staatlichen Ebenen – der Gesamtstaat und die Einzelstaaten – in ihrer Staatlichkeit gleichwertig waren und gut ausbalanciert. Das, dachte Pütter, war einzigartig. Und die Amerikaner, die anfangen, sich für Föderation zu interessieren, wie Franklin, dachten das auch.

Erzähler:

Benjamin Franklins Interesse an einem Staatenbund war durch seine Beschäftigung mit den Herrschaftsformen nordamerikanischer Indianer geweckt worden. Einige Völker der Ostküste hatten sich 1575 zum so genannten Irokesenbund zusammengeschlossen. Er existierte bis ins späte achtzehnte Jahrhundert und wird als eine uramerikanische Form föderativer Demokratie angesehen. Benjamin Franklin kommentierte diesen Bund in einem Brief so:

Zitator:

Es wäre doch sonderbar, wenn englische Kolonien in Nordamerika sich nicht zu einer Union vereinigen könnten, wo doch selbst sechs Stämme von unwissenden Wilden eine Konföderation gebildet haben, die nun schon Jahrhunderte währt und nahezu unauflöslich erscheint.

Erzähler:

Die ursprünglich nur schemenhaften Vorstellungen Benjamin Franklins von einer föderalen Ordnung für die amerikanischen Kolonien gewinnen durch die intensiven Gespräche mit den Göttinger Gelehrten an Kontur. Nach seiner Ansicht ist die politische Struktur des Deutschen Reiches verbindlicher und wirkungsvoller als die niederländische Staatengemeinschaft oder die Schweizerische Eidgenossenschaft. Denn im Unterschied zu den Niederlanden oder der Schweiz verfügt Deutschland über ein Element, das den Amerikanern als besonders wichtig gilt: kulturelle und politische Vielfalt. Die Kehrseiten dieser bundesstaatlichen Medaille allerdings verschweigt der Staatsrechtler Johann Stephan Pütter dem Amerikaner nicht, sagt der Historiker Johannes Burkhardt:

O-Ton – Johannes Burkhardt:

Die damaligen Probleme waren natürlich, dass es sehr unterschiedliche Größen von Landesstaaten gab. Das konnte eine kleine Herrschaft sein oder ein Riesenland wie Bayern oder Brandenburg. Das ist natürlich schwer, damit umzugehen. Insofern gab es sogar Kräfte, die meinten, indem man eine Flurbereinigung im Reich durchführt, dass die Kleinen zu den Großen zugeschlagen werden, aber wiederum föderal organisiert sein sollten im Reichstag, dass das sogar eine Lösungsmöglichkeit wäre.

Erzähler:

Franklin fällt am deutschen Föderalismus auf, dass im protestantischen Preußen unbehelligt katholische Städte existieren, während das katholische Bayern protestantische Gemeinden duldet. Hinzu kommt die wirtschaftliche Vielfalt Deutschlands. Im Stadtstaat Hamburg oder in der freien Reichsstadt Köln haben Kaufleute das Sagen, Württemberg oder Österreich dagegen sind feudalistische Agrarstaaten. Auch Exotisches hat seinen Platz: Im Garderegiment der preußischen

Langen Kerls dienen einige türkisch-moslemische Soldaten. Neben Deutsch wird in Teilen des Reiches Niederländisch, Tschechisch, Polnisch, Sorbisch oder Italienisch gesprochen. Doch in den meisten deutschen Staaten darf noch lange nicht jeder schreiben und lesen, was er will; und wer den Fürsten beleidigt, landet ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit im Kerker. Trotzdem fühlt sich Benjamin Franklin von der bundesstaatlichen Verfassung angezogen, meint Jürgen Overhoff:

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Franklin hat auch gesagt: Die Deutschen haben überhaupt keine Ahnung von Freiheit, weil eben das demokratisch-parlamentarische Element, um es vorsichtig zu sagen, nicht so wirklich ausgeprägt war – bis auf ganz wenige Orte, wie z.B. Hamburg. Aber wichtig ist, dass er trotzdem das föderale System als solches interessant fand. Vielleicht hat die Forschung das lange nicht interessant gefunden oder ernst genommen, weil diese Diskrepanz zwischen dem demokratisch-republikanischen Amerika und dem von Fürsten doch dominierten Deutschen Reich allzu groß war. Aber das darf eben nicht dazu führen, dass die Gemeinsamkeiten, die es dann gibt, übersehen werden.

Erzähler:

Weder Benjamin Franklin noch Johann Stephan Pütter ahnen in diesem Sommer 1766, wie wichtig ihr zweitägiger Austausch für den Lauf der amerikanischen Verfassungsgeschichte werden würde. Denn bereits im nächsten Jahr verschlechtern sich die Beziehungen zwischen dem Britischen Empire und den amerikanischen Kolonien dramatisch. Franklin muss, mittlerweile zurück in London, miterleben, wie sich die Hardliner im britischen Parlament durchsetzen und das umstrittene Stempelsteuergesetz wieder einführen. Auf seine Meinung legen sie diesmal keinen Wert. Die Antwort der nordamerikanischen Kolonisten ist ein flächendeckender Boykott britischer Waren. Während Franklin weiterhin an eine friedliche Lösung des Konflikts glaubt, rückt die „Loslösung von Großbritannien“ und die „gemeinsame Verfassung“ für die meisten Amerikaner immer stärker in den Vordergrund. Die Lage eskaliert, als Ende 1773 aufgebrachte Kolonisten im Hafen von Boston einen britischen Teefrachter entern und seine Ladung kurzerhand über Bord werfen. Großbritannien reagiert mit Zwangsmaßnahmen, schickt immer mehr Truppen nach Nordamerika und schikaniert die Bevölkerung.

Der mittlerweile fast siebzigjährige Benjamin Franklin verfasst in London beißende Satiren gegen die britische Regierung, bis er ausgewiesen wird. Als er 1775 in Philadelphia ankommt, ist der Unabhängigkeitskrieg der amerikanischen Kolonien bereits in vollem Gang. Mit dem Frieden von Paris 1783 endet der Krieg und die Existenz der Vereinigten Staaten von Amerika wird endgültig bestätigt. Aber die USA sind zunächst nur eine Konföderation, ein loser Bund von Einzelstaaten, ohne Gesamtparlament, ohne Staatsoberhaupt. 1787 tagt deshalb in Philadelphia die verfassungsgebende Versammlung. Einer der führenden Juristen ist der spätere US-Präsident James Madison. Er wird von Benjamin Franklin beraten, der nun seine Notizen über die zwanzig Jahre zurückliegenden Gespräche in Göttingen hervorholt. Es lässt sich nachweisen, meint der Historiker Jürgen Overhoff, dass die Väter der US-Verfassung sich neben dem französischen Gedanken der Gewaltenteilung am deutschen Föderalismus orientierten.

O-Ton – Jürgen Overhoff:

Vor allen Dingen James Madison, der sich alles, was er nur kriegen kann an Literatur über die Reichsverfassung, zuschicken lässt, und dann diese dicken Wälzer durchdringt, durchfräst und daraufhin überprüft, was nützlich sein könnte für Amerika, für den amerikanischen Kontext. Wenn man das heute liest, sind diese Notizen von Madison von einem erstaunlichen Verständnis der Verfassung des Reichs. Madison ist es dann, der 1787 tatsächlich ganz konkret das Amt des Kaisers mit dem zu schaffenden Amt des Präsidenten der USA vergleicht – ganz direkt und unmittelbar – , und diese beiden als „chiefs“ bezeichnet, die über ein „federal system“ – über ein föderatives System – als Oberhaupt, als Schirmherrn, aber zugleich auch eines Regierungschefs präsidieren.

Erzähler:

Die Ergebnisse des Regensburger Forscherteams sollen im Jahr 2013 als Buch veröffentlicht werden. Jürgen Overhoffs Kollege, der Augsburgener Historiker Johannes Burkhardt, zieht schon jetzt eine vorläufige Bilanz der gemeinsamen Recherchen zu Benjamin Franklins denkwürdiger Fahrt:

O-Ton – Johannes Burkhardt:

Noch heute kann man feststellen, dass das deutsche politische System und das amerikanische politische System große Ähnlichkeiten, strukturelle Ähnlichkeiten aufweist. Beide Systeme sind im Grunde föderale Systeme, die von unten her den Staat aufbauen, und in den einzelnen Staaten haben wir Exekutive, haben wir Minister oder Gouverneure aus eigenem Recht bzw. demokratisch legitimiert. Aber wir haben eine zweite Ebene darüber, die bundesstaatliche Ebene, die auch sehr kräftig ausgebildet ist. Und das kennzeichnet die amerikanische Geschichte und die noch längere deutsche Geschichte.

Erzähler:

Der Satz E pluribus unum – aus Vielen Eines – ist heute das Motto des US-amerikanischen Staatssiegels. Die zum Teil gegenläufigen Interessen der Einzelstaaten der USA wurden ausgeglichen durch die Verpflichtung auf einen einzigen Souverän, der als oberster Schlichter anerkannt wurde. Das Amt des US-Präsidenten wurde mit geradezu monarchischen Vollmachten ausgestattet: Oberbefehl über die Streitkräfte, Weisungsgewalt gegenüber den Einzelstaaten und Vetorecht im Kongress. Einer der Bausteine dieser ersten republikanischen Verfassung der Menschheitsgeschichte ist die Deutschland-Reise des Erfinders, Denkers und Staatsmannes Benjamin Franklin im Sommer 1766 nach Bad Pyrmont und Göttingen.

** . ** . ** . ** . **